

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2329/12

Titel

Umgang der Stadtverwaltung mit rechter Gewalt / organisierter Kriminalität in Erfurt

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Zur o. g. Informationsaufforderung für den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile wird wie folgt Stellung genommen:

1. Gab es oder sind interne Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung bzw. der städtischen Betriebe zu den im Folgenden genannten Themen geplant, in deren Rahmen sie
-sensibilisiert wurden und
-ihnen vermittelt wurde, wie entsprechende Tendenzen erkannt werden können und wie sie im Falle der Feststellung entsprechender Tendenzen zu verfahren haben ?

a) Extremistische Tendenzen

b) Organisierte Kriminalität.

Durch die Stadtverwaltung wurde in den Jahren 2007/2008 eine umfassende Schulungsreihe bestehend aus 7 Modulen mit insgesamt 38 Schulungsterminen und fast 700 Teilnehmer/innen sowohl für Führungskräfte als auch für Mitarbeiter/innen durchgeführt. Gegenstand dieser Schulungen war der Rechtsextremismus in seinen Strukturen, Symbolen und der Musik als Mittel der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts.

Ferner wurden die Mitarbeiter/innen mit Hinblick auf die Aktionsfelder für die Kommunale Jugendarbeit, aber auch für Zivilcourage und Argumentation wider Stammtischparolen sensibilisiert.

Die Stadt Erfurt war thüringenweit die erste Kommune, die in dieser komplexen Form ihre Beschäftigten über die Gefahren des Rechtsextremismus aufgeklärt und geschult hat.

Jedes Jahr im November wird die "Woche gegen Rechtsextremismus" durchgeführt.

Weitere Schulungsmaßnahmen fanden im Jahr 2009 hinsichtlich des speziellen Bezugs zu Rechtsextremismus im Wahljahr statt, darüber hinaus wurden regelmäßig allgemeine Schulungsveranstaltungen im Themenfeld der "Interkulturellen Kompetenz" und "Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit" angeboten.

Beginnend ab 12.02.2009 organisierten der Erfurter Bürgertisch Demokratie, die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) und die Stadtverwaltung Erfurt im Rahmen der Kampagne "Thüringen gemeinsam gegen Rechtsextremismus" eine Veranstaltungsreihe für Erfurter Bürgerinnen und Bürger, Stadträte, Ortsteilräte und städtische Mitarbeiter zu den Themen:

- (K)eine Frage der Wahrnehmung: Rechte Gewalt im ländlichen Raum.
- Neuer Auftritt - Alter Geist. Rechtsextreme konkret entlarven.
- Das Personal des Thüringer Rechtsextremismus.
- Der Umgang mit Rechtsextremisten in Parlamenten.

Seit Beginn des Jahres 2012 beteiligt sich die Landeshauptstadt am "Thüringer Landesprogramm für Demokratie Toleranz und Weltoffenheit" und entwickelt gemeinsam mit von den Stadtratsfraktionen benannten Vertretern einen "Lokalen Aktionsplan der Stadt Erfurt" (LAP Erfurt). Die Geschäftsführung des LAP Erfurt wurde einer sogenannten externen Koordinierungsstelle übertragen, deren Träger "Radio F.R.E.I." ist. Maßnahmen und Projekte, die im Rahmen des LAP Erfurt gefördert werden können, werden vorab von einem Begleitausschuss beraten, der mehrheitlich aus zivilgesellschaftlichen Vertretern, je einem von den Stadtratsfraktionen benannten Vertreter sowie seitens der Stadtverwaltung durch den Oberbürgermeister bzw. der Bürgermeisterin besteht.

Die Planungen für weitere Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen.

2. Welche internen Prüfungsmechanismen existieren innerhalb der Stadtverwaltung, um die im Folgenden genannten Komplexe erkennen zu können ?

- a) Extremistische Tendenzen**
- b) Organisierte Kriminalität**

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Am Rande sei bezüglich Ziffer 2b) auf die Dienstanweisung 1.03/02 - "Dienstanweisung zur Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption, insbesondere über das Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken durch die Bediensteten der Stadtverwaltung Erfurt" verwiesen, welche zur Zeit grundlegend überarbeitet wird.

Anlagen

gez. Götze
Unterschrift Beigeordneter

07.12.2012
Datum